

Ein Just Transition Rahmen für sozial gerechte Klimapolitik



DIE HERAUSFORDERUNG

Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft bringt viele Änderungen in der Arbeitswelt mit sich. Während es dabei einerseits zu Jobverlusten kommen kann, stehen auf der anderen Seite neue Chancen für qualitativ hochwertige Beschäftigung in einer ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaft.

Zurzeit gibt es allerdings keine übergeordnete Strategie, wie dieser Übergang im Sinne der Arbeitnehmer:innen gestaltet werden soll. Aufgrund fehlender politischer Ziele und Strategien besteht derzeit die Gefahr, dass neue Wertschöpfungsketten sowie die damit verbundenen Arbeitsplätze an Österreichs Regionen vorbei entstehen und so die Potenziale des grünen Strukturwandels nicht genutzt werden können.



DIE POSITION DES ÖGB

Der ÖGB hat sich in seinem Arbeitsprogramm 2023 - 2028 eindeutig im Sinne des gerechten Überganges positioniert. Außerdem wurde 2021 ein umfassendes Positionspapier zur Klimapolitik aus ArbeitnehmerInnen-Perspektive beschlossen. Dabei beruft sich der ÖGB auf zwei Slogans aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung, und zwar „No Jobs on a Dead Planet“, also keine Arbeitsplätze auf einem zerstörten Planeten, und „Change by Design, not by Disaster“, was deutlich macht, dass die Transformation bewusst gesteuert werden muss und nicht den Kräften des freien Marktes überlassen werden darf.

Aufgrund der klaren arbeitsmarkt- sowie verteilungspolitischen Zusammenhänge ist es entscheidend, klimapolitische und soziale Maßnahmen zusammenzudenken. Nur eine sozial gerechte Klimapolitik kann das gute Leben für alle auf einem intakten Planeten sicherstellen. Dabei fordert der ÖGB die breite Einbeziehung aller Betroffenen, insbesondere Arbeitnehmer:innen, ihre Betriebsrät:innen und ihre Gewerkschaften.

Gefördert durch

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

**ÖGB**
Klimabüro



KONKRETE FORDERUNGEN

- **„Just Transition“-Strategie:** In einer breit angelegten „Just Transition“-Strategie dargelegt werden, wie Österreich sein Ziel einer Klimaneutralität 2040 erreichen will und mit welchen beschäftigungspolitischen und sonstigen Maßnahmen dieser Transformationsprozess begleitet werden soll.
- **„Just Transition“-Agentur:** Zur Umsetzung und Begleitung einer solchen Strategie soll eine eigene „Just Transition“-Agentur geschaffen werden. Diese Agentur soll Ministerien sowie Sozialpartner einbinden und regelmäßige Berichte erstellen.
- **Dekarbonisierungsroadmaps:** Um auch auf betrieblicher Ebene eine „Just Transition“ sicherzustellen, müssen Betriebe gemeinsam mit Betriebsrät:innen mittel- und langfristige Pläne zur Dekarbonisierung erstellen. Neben technischen Maßnahmen müssen diese auch konkrete „Just Transition“-Maßnahmen enthalten.
- **Jobgarantie:** Für jene Arbeitnehmer:innen, die von Veränderungsprozessen negativ betroffen sind, muss es eine staatliche Garantie in Hinblick auf ihre Weiterbeschäftigung geben. So soll bewirkt werden, dass die Transformation für Arbeitnehmer:innen im Hinblick auf Qualifikation, Arbeitsbedingungen und Bezahlung keine Verschlechterung bedeutet. Dazu bieten sich arbeitsmarktpolitische Instrumente wie etwa Stiftungen an.
- **Arbeitszeitverkürzung:** Neben der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft üben auch andere Faktoren wie etwa die Digitalisierung in vielen Branchen Druck auf Arbeitsplätze aus. Daher führt an einer neuen Verteilung der Arbeit durch kluge Modelle der Arbeitszeitverkürzung kein Weg vorbei. So sollen auch bei Automatisierung von Prozessen oder sinkender Produktion in einem Betrieb Arbeitsplätze erhalten bleiben.
- **Investitionen in staatliche Versorgungsaufgaben:** Um einen guten Lebensstandard für alle Menschen zu sichern, ist die qualitätsvolle, öffentliche Daseinsvorsorge unerlässlich. Investitionen in Zukunftsbranchen wie der Pflege, dem öffentlichen Verkehr oder der Bildung sind notwendig für eine gerechte und solidarische Bewältigung der Klimakrise.
- **Aktive Wirtschafts-, Regional- und Industriepolitik:** Es braucht strategische Überlegungen, wie in Österreich nachhaltige Industriezentren gehalten und ausgebaut werden können. Nur so können die Beschäftigungspotenziale der Transformation voll ausgeschöpft werden.

Gefördert durch

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

**OGB**
Klimabüro